

## **Machteigentum im heutigen Russland<sup>1</sup>** **- ein „Pfadsabhängigkeitsproblem“ -**

### **Zusammenfassung**

*In der Arbeit wird der Versuch unternommen, die Entstehung des Instituts des Privateigentums im postsowjetischen Russland auf der Grundlage einer institutionellen Analyse zu unterziehen. Die Privatisierung wird als gesetzmäßiges Ergebnis des Niedergangs der Kommandowirtschaft betrachtet. Als politischen Hauptakteur des Privatisierungsprozesses wird die Partei- und Wirtschaftsnomenklatur angesehen, und als Hauptergebnis ihrer Tätigkeit das restliche staatliche Eigentum (RSE). Erstmals wird damit das Staatseigentum nicht nur als juristische Form, sondern auch als ökonomisches Institut interpretiert. Es werden die Ursachen, Formen und Folgen dessen Uneffektivität aufgezeigt. Weiter werden zwei Möglichkeiten dessen Entwicklung dargestellt: zurück zum privaten (durch die Nomenklatura angeeigneten staatlichen) Eigentum und vorwärts zu einem wirklichen Privateigentum. Die Besonderheiten und Folgen der institutionellen Projektierung beider Varianten der Entwicklung.*

Je länger Russland nicht den Transformationsniedergang überwinden kann, um so mehr Aufmerksamkeit richtet die Forschung auf die Folgen der Privatisierung. Und umso mehr Publikationen zu den Problemen der Privatisierung erscheinen, umso hitziger wird die Diskussion darüber geführt, inwieweit diese überhaupt der russischen Realität entsprach? Was ist notwendig, damit in Russland ein effektiv wirtschaftendes Privateigentum entsteht? Welche „Spielregeln“ sollen geschaffen werden? Derartige Fragen werden immer häufiger in der internationalen und nationalen Literatur gestellt [vgl. Olson, 1993; Kapeljuschnikov, 2001, u. a.]. Sollte man nicht umkehren und einzelne Betriebe, Teilsektoren, Sektoren oder ganze Branchen wieder verstaatlichen? [vgl. Kulikov, 1998; Lvov, 2001, u. a.]. Und wirklich, was ist denn zu tun, damit der Mechanismus des Privateigentums zu arbeiten beginnt, ohne den eine normale Marktwirtschaft nicht existieren kann. Und wieder einmal stehen die traditionellen russischen Fragen: „Wer hat Schuld?“ und „Was tun?“

### **1. Versuche der Zerstörung des Machteigentums?**

Heute wird immer klarer, dass die Privatisierung in Russland das gesetzmäßige Ergebnis des Niedergangs der Kommandowirtschaft sowjetischen Typs war. Es ist kein Geheimnis, dass sich der Wirtschaftsmechanismus der UdSSR schon seit längerem in diese Richtung bewegte, lange vor der Privatisierungskampagne 1992-1995 (vgl. Tab. 1).

Um zu verstehen, in welcher Richtung sich die Privatisierungsprozesse entwickelten, muss man sich nur an die duale Situation der sowjetischen Nomenklatura erinnern. Diese Dualität geht auf das Institut Macht-Eigentum zurück, das noch zur Zeit der so genannten asiatischen Produktionsweise vorherrschte [vgl. Nureev, 1990; 1993]. Da wir dieses Institut in [vgl. Nureev, Runov, 2001] detailliert beschrieben haben, betonen wir hier nur die folgenden zwei Momente.

Erstens, die Dualität des Macht-Eigentums bestand nicht nur darin, dass die Vertreter der sowjetischen Nomenklatura gleichzeitig Untergebene und Vorgesetzte waren. Im Unterschied zu gewöhnlichen hierarchischen Strukturen lag eine Vermischung der Funktionen vor: Partei- und Staatsfunktionen, legislative und exekutive Funktionen, administrative und juristische Funktionen, und nicht selten, zivile und militärische

---

<sup>1</sup> Der Autor dankt den Herren J.V.Latov und A.B. Runov für ihre Unterstützung bei der Vorbereitung dieser Arbeit zum Druck.

Übersetzung: Knut Richter. Der Artikel stellt den Meinungsstand des Autors bis zum Jahr 2002 dar

Funktionen. Daraus folgte eine besondere Rolle der Partei- und Wirtschaftsnomenklatura unterschiedlicher Ebene in der sozialen Stratifikation der sowjetischen Gesellschaft [vgl. Radaev, Schkaratan, 1996: S. 222-286].

Tab. 1

*Evolution des Wirtschaftsmechanismus der UdSSR und Russland*

<b>Perioden</b>	<b>Schlüsselergebnisse</b>	<b>Wirtschaftliche Hauptagenten</b>
Anfang 1940 – Ende 1950: „Staatsökonomie“	Leistungsreform 1940 – 1941	Volkskommissariate im Rat der Volkskommissare
Ende 1950 – Mitte 1960: „Regionalökonomie“	Wirtschaftsreform 1957	Wirtschafts-Rayons, Volkswirtschaftsräte
Mitte 1960 – Mitte 1970: "Zweigökonomie"	Wirtschaftsreform 1965	Wirtschaftszweigministerien
Mitte 1970 – Mitte 1980: „Teilzweigökonomie“	Reform der Leitung der Industrie 1973 und 1979	Hauptabteilungen der Ministerien, Allunions-Produktionsvereinigungen
Mitte 1980 – 1992: „Großbetriebsökonomie“	Perestroika 1985	Großbetriebe, Vereinigungen
1992 – 1993: „KMU-Ökonomie“	Privatisierung 1991	Betriebe, KMU nach Ausgliederung aus Großbetrieben
1993 – 1995 rr.: „Ökonomie physischer Personen“	Check- und Nach-Check-Privatisierung	Betriebsdirektoren, Abteilungsleiter, physische Personen

Aufgestellt nach: Kleiner G.B., Tambovzev V.L., Kacalov R.M. 1997: S. 48

Zweitens, im Verlauf der gesamten Geschichte der Sowjetunion erhielt sich zum einen ein bekannter Dualismus von Plan- und Marktwirtschaft und zum anderen ein solcher von legaler und illegaler Ökonomie (vgl. Tab. 2).

Tab. 2

*Doppelter Dualismus der sowjetischen Ökonomie*

	<b>Kommandowirtschaft</b> (redistributiver Produkttausch)	<b>Marktwirtschaft</b> (marktlicher Warentausch)
<b>Legale Ökonomie</b>	Planwirtschaft	Kolchosmärkte
<b>Illegale Ökonomie</b>	„Clan-Sozialismus“	Nichtformaler Sektor

Quelle: Ökonomische Subjekte im postsowjetischen Russland... 2001 S. 309.

Somit zeigte sich schon im „höchsten und letzten Stadium des Sozialismus“ [vgl. Naischul, 1991] das privat-staatliche (Nomenklatura-) Eigentum in all seiner Schönheit, da die schon eng mit den kriminellen Strukturen verflochtenen Industriezweig- und regionalen Eliten faktisch über die Objekte des staatlichen Eigentums disponierten [vgl. Ökonomische Subjekte ... 2001: S. 298-313]. Diese Dualität von plan- und marktlichen Wirtschaftsformen

bzw. von legaler und illegaler Wirtschaftsführung prädestinierten die Entwicklung der Privatisierung.

Mit gewissen Einschränkungen kann man drei Etappen der Veränderung des Systems der Eigentumsrechte im postsowjetischen Russland bestimmen [vgl. Gaidar, 1995; Privatisierung..., 1999].

### **1. Etappe: Die Nomenklatura-Privatisierung (1987 – 1991)**

Die faktische Plünderung des staatlichen Eigentums begann noch im Rahmen des sowjetischen institutionellen Systems. Anfangs versuchte die Nomenklatura als Grundlage des Marktes den „bürokratischen Markt“ zu definieren, auf dem die Position des Teilnehmers durch seinen „Dienstgrad“, d. h. durch seine Position in der sozialen Hierarchie, also durch ein gewisses administratives Gewicht bestimmt wird [vgl. Kordonskij, 2000, S. 21-60]. Auf allen Ebenen des zerfallenden zentralisierten Systems lernte die Nomenklatura nicht nur indirekt aus ihrer Position ihren Nutzen zu ziehen, sondern auch direkte finanzielle Einkünfte zu erzielen. Dabei vollzog sich ein Übergang vom ganzheitlichen staatlichen Eigentum (das die Nomenklatura als ganzes beherrschte) zu einem individuellen staatlichen Eigentum einzelner Vertreter der Nomenklatura. Gleichzeitig ging eine eigentümliche „Multiplikation der Nomenklaturen auf dem postsowjetischen Raum“ vor sich [vgl. Tscheschkow, 1995: S. 37].

Die Entstaatlichung vollzog sich als spontane Privatisierung durch die Übergabe des Eigentums an die einzelnen Betriebe (in Wirklichkeit an deren Direktoren) auf der Grundlage einer juristisch selbständigen Wirtschaftsführung. Als wesentlich erwies sich, dass die Übergabe der vielfältigen Rechte an die Leiter überhaupt nicht mit einer *Verantwortung* für die Ergebnisse ihrer Tätigkeit verknüpft war. Mit der Schwächung und nachfolgenden faktischen Zerstörung der zentralen vertikalen (Partei- und Wirtschafts-) Leitungsstruktur (die, wie man heute sagte, früher die Rolle des Enforcement system spielten) verwandelte sich das gemeinschaftliche Eigentum der Nomenklatura nach und nach in eine privat-bürokratisches Eigentum. Am Anfang dieser Entwicklung nahm die so genannte Kooperativenbewegung einen besonderen Platz ein. Später in den Jahren 1990-1991 setzte die Entwicklung von Pachtbetrieben ein.

Die Mehrzahl der Kooperativen (mehr als 80%) wurden im Verbund mit staatlichen Betrieben organisiert. Die Zahl der Beschäftigten dieser Kooperativen überstieg 90% in diesem Sektor. Als Ursachen für die Existenz dieser affilierten Kooperativen kann man folgende nennen: Erstens, die Möglichkeit einen starken administrativen (über die örtlichen Organe) Druck in den Fällen auszuüben, wenn Kooperative das Monopol des Staatssektors infrage stellten. Zweitens, der Zugang zum Material- und Rohstoff-Monopol des staatlichen Sektors (Gebäude usw.) [vgl. Radygin, 1994]<sup>2</sup>.

Mit der Entwicklung der Kooperativen zeigte sich jedoch, dass sie nicht geeignet sind die Bedürfnisse der faktischen Eigentümer in den neuen institutionellen Strukturen der Produktion zu befriedigen. Erstens ist die Organisationsform der Kooperativen evolutionär nicht stabil für die Industrie [vgl. Kaljagin, 2001]. Gerade diese Tendenz bedingte (nach dem Boom der Gründung von Kooperativen in den Jahren 1988-1989 und der Schaffung von gesetzlichen Regeln der UdSSR und Russlands bzgl. der Betriebe, Aktiengesellschaften und Genossenschaften) einen Rückgang in der Entwicklung des kooperativen Sektors. Die Mehrzahl der Kooperativen wurde damals in solche Rechtsformen überführt, die besser den

---

<sup>2</sup> Die auf die Legalisierung des Privateigentums ausgerichtete Gesetzgebung entwickelte sich damals sehr langsam und fragmentarisch, und hielt nicht mit der Entwicklung stand. Die historischen Etappen seiner Entstehung sind: das Gesetz der UdSSR „Über die individuelle Arbeitstätigkeit“ (1986), das Gesetz der UdSSR „Über die Kooperativen“ (1988), das Gesetz der UdSSR „Über das Eigentum in der UdSSR“ und andere.

faktischen Eigentumsbeziehungen entsprachen. Zweitens gestattete die Rechtsform der Kooperative die Legalisierung großer Vermögen nicht, wie auch die formale Festlegung der Rechte an großen Industriebetrieben, darunter den Schutz des Eigentums vor möglicher Enteignung (von Seiten des Staates oder der Mitarbeiter).

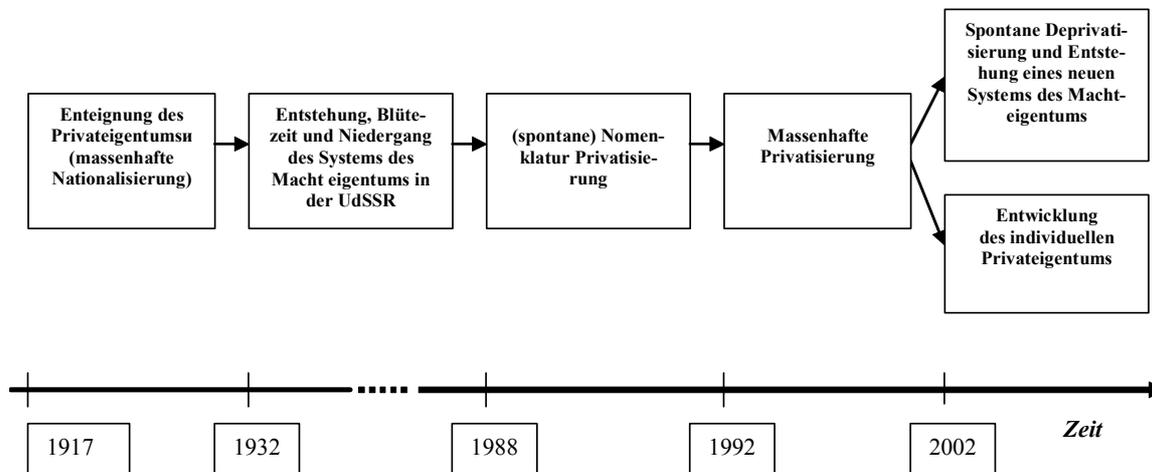


Bild 1. Veränderung des faktischen Eigentums-System in Russland

Für die oberste Schicht der Nomenklatura mussten andere innovative Rechtsformen als die Form der Kooperative entwickelt werden. Es sei hervorgehoben, dass die faktischen Machtbefugnisse sich in den Händen höchsten Nomenklatura der Republiken und Regionen befanden. Es war diese Gruppe, die auf höchster Ebene die massenhafte legale Privatisierung (und die darauf folgenden Auktionen) durchsetzte.

Im Ergebnis der ersten Etappe der Privatisierung entsteht eine eigentümliche Form eines privat-staatlichen (Nomenklatur-) Eigentums, das man als Erscheinungsform des Machteigentums in einer Periode der Schwächung eines despotischen Staates ansehen kann (vgl. Bild 1). Im Lande entsteht das besondere Institut des Nomenklatura-staatlichen Kapitalismus [vgl. Gaidar, 1995: S. 152].

## 2. Etappe: Der Versuch der Schaffung eines Systems des Privateigentums (1992-1996).

Bei dem Versuch, Privateigentum nicht nur der Form nach zu entwickeln, entschied sich die Jelzin-Administration den Privatisierungsprozess formal und massenhaft zu organisieren. Damit sollte versucht werden, den unkontrollierten Prozess der Machtexpansion der ehemaligen Partei- und Wirtschafts-Nomenklatura (PWN) zu stoppen und institutionelle Bedingungen für die Entwicklung der Marktmotivation bei den Produzenten zu schaffen. In Übereinstimmung mit dem Privatisierungsprogramm von 1992 konnte damit jeder, der mit hinreichend Kapital ausgestattet war, staatliches Eigentum erwerben und somit Privateigentum begründen.

Das Hauptziel dieser Etappe bestand nach Auffassung seiner Organisatoren in der Schaffung institutioneller Bedingungen für die Entstehung und Entwicklung eines Systems des Privateigentums nach dem Vorbild der westlichen Demokratien. Die Privatisierung wurde als notwendiges und hinreichendes Mittel angesehen um die liberalen Reformen und sonstigen stabilisierenden Maßnahmen zu festigen. Der Import westlicher Institutionen verdeckte damit jedoch den russischen (halbasiatischen) Inhalt!

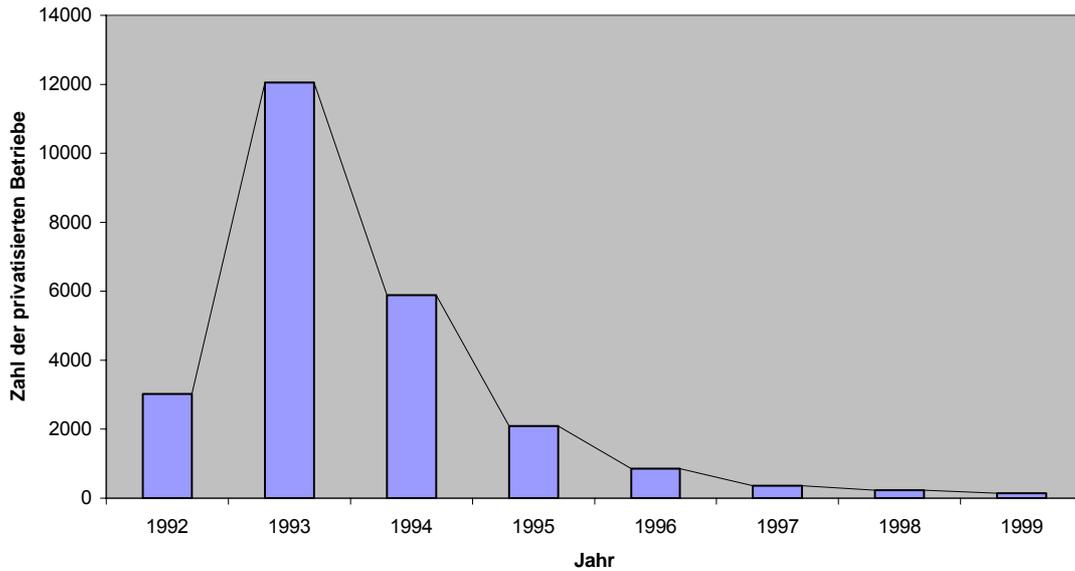


Bild 2. Die Dynamik des Privatisierungsprozesses der russischen Industrie

An dieser Privatisierung waren die „Schatten“-Eigentümer des Nomenklatur-staatlichen Kapitals („die neuen alten Eigentümer“) nicht weniger als alle anderen interessiert. Drohte doch unter den Bedingungen der Unklarheiten und Unordnung des entstandenen Systems der Eigentumsrechte stets die Enteignung des gewonnenen Vermögens. Diese potentielle Gefahr konnte sehr leicht in eine reale umschlagen, je schwächer die Verbindungen mit der regionalen oder föderalen Macht waren.

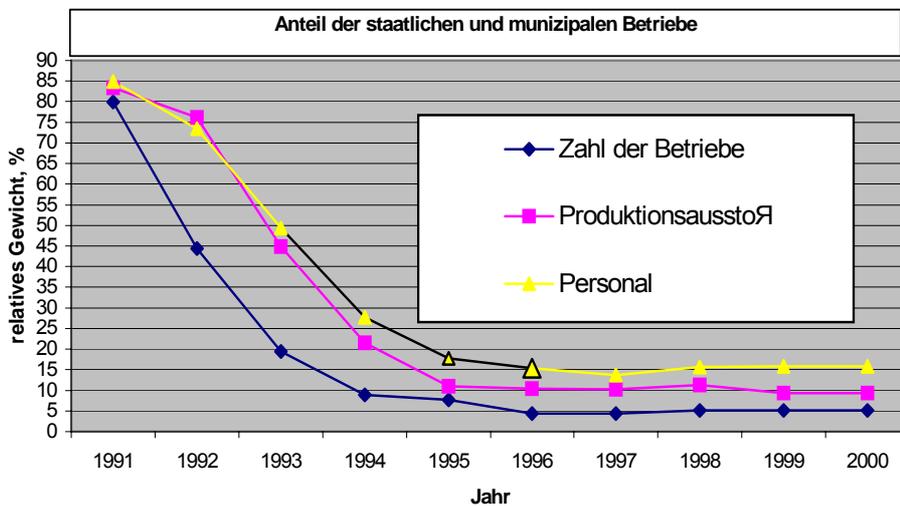


Bild 3. Dynamik der wesentlichen Parameter des staatlichen bzw. kommunalen industriellen Eigentums

Den Anfang machte die massenhafte Voucher-Privatisierung. Darauf folgte die Etappe der Pfandauktionen und Investitionsausschreibungen. Im Jahr 1996 setzte die monetäre

Etappe, und wenn sie auch noch heute anhält, so lässt sich der Höhepunkt der Privatisierung doch den Jahren 1993-1994 zuordnen (vgl. Bild 2)<sup>3</sup>.

Zu Beginn des Jahres 2001 betrug der Anteil des staatlichen Eigentums am Grundkapital der Wirtschaft nur noch 42% (im Vergleich zu 91% im Jahre 1991). In Privatbesitz befanden sich mehr als 80% der Betriebe. Die Privatisierung der staatlichen und kommunalen Eigentums berührte ohne Ausnahme alle Zweige der Wirtschaft. Im Ergebnis spielt nun heute das staatliche Eigentum, nicht nur bezogen auf die Anzahl der Betriebe, sondern auch bzgl. des Ausstoßes und der Zahl der Beschäftigten, eine untergeordnete Rolle (vgl. Bild 3).

Die Mehrheit der Bevölkerung entwickelte ein negatives Verhältnis zu den neuen Eigentümern großer Kapitale, sah sie doch in ihnen arbeitsscheue Geschäftemacher, Räuber und Diebe, die den schwächer werdenden Staat und seine Bewohner ausraubten. Es ist somit nicht verwunderlich, dass die russische Geschäftswelt mit einem kriminellen und amoralischen Unterton versehen wird. Es entsteht ein Teufelskreis: der „neue Russe“ versinnbildlicht in den Augen seiner Mitbürger einen Gauner, der keine moralischen Grenzen kennt. Indem er von der Gesellschaft so abgestempelt wird, benimmt er sich entsprechend.

### 3. Etappe: Die Institutionalisierung des neuen Machteigentums (1996-2002)

Nach all dem im Verlauf der zweiten Etappe entstandenem Chaos wurde am Ende der 1990-iger Jahre deutlich, dass das Machteigentum im Konkurrenzkampf mit dem neuen institutionellen Umfeld seine Positionen nicht verloren hatte.

Die Erfahrungen der Privatisierung kann man außerhalb des Kontexts der Abhängigkeit von der bisherigen Entwicklung nicht erklären. Die Privatisierung in den östlichen Gesellschaften stellten immer eine zeitlich begrenzte Abkehr von der Generallinie der Entwicklung dar und bereiteten eine neue Welle der Zentralisierung (dem „Zyklus des Machteigentums“ entsprechend) vor.

Das demonstriert überzeugend die Zusammensetzung der russischen politischen und wirtschaftlichen Elite seit den 1990-iger Jahren. Auch heute noch besteht die Umgebung des russischen Präsidenten zu 75% aus Vertretern der ehemaligen sowjetischen Nomenklatura. Die regionalen Eliten stammen sogar zu 80%, die höheren Parteifunktionäre und Wirtschaftseliten zu 60% aus diesem Kreis. (vgl. Tab. 3). Man kann durchaus annehmen, dass sich diese Zusammensetzung bis Anfang 2002 nicht verändert hat, besonders in den Regionen.

Tab. 3

*Zusammensetzung der höchsten russischen politischen und wirtschaftlichen Eliten Mitte der 1990-er Jahre (in % von der Gesamtzahl der jeweiligen Gruppe)*

	Oberste Führung	Parteiführungen	Regionale Eliten	Regierung	Wirtschaftselite	insgesamt
Vertreter der Nomenklatura, darunter:	75,0	57,1	82,3	74,3	61,0	69,9
Partei-	21,2	65,0	17,8	0	13,1	23,4
Komsomol-	0	5,0	1,8	0	37,7	8,9
Staats	63,6	25,0	78,6	26,9	3,3	39,5
Wirtschafts-	9,1	5,0	0	42,3	37,7	18,8

<sup>3</sup> Nach Angaben des Ministeriums der RF für Eigentum wurden 1993 und 1994 je 19000 Anträge auf Privatisierung gestellt, für die zwei Jahre 1995-1996 noch 11700, und 1999 nur noch 749 [Privatisierung in Russland, 2001, №2, S. 8].

andere	6,1	10,0	0	30,8	8,2	11,0
--------	-----	------	---	------	-----	------

Quelle: Kryschtanovskaja O. 1995: S. 65.

Das bedeutet allerdings nicht, dass sich die Zusammensetzung der Eliten nicht geändert hat. Wenn man die höhere Führung bei Breschnew, Gorbatschow und Jelzin vergleicht, so fällt die Reduzierung der Zahl der Technokraten auf (88,5% bei Breschnew gegen 36,4% bei Jelzin) und die Verdoppelung der Personen mit ökonomischer oder juristischer Bildung (von 11,5% zu 22,7%) [Kryschtanovskaja O. 1995: S. 63]. Diese Veränderungen wurden gegen Ende der 1990-iger Jahre noch deutlicher.

Um zu verstehen, inwiefern eine neue Welle der Zentralisierung möglich (oder unausweichlich?) ist, konzentrieren wir uns zuerst auf die Kategorie „restliches staatliches Eigentum (RSE)“.

## 2. Restliches staatliches Eigentum

Im Prozess der Privatisierung entstand tatsächlich ein besonderes ökonomisches Institut – das RSE. Es beinhaltet nicht nur die Reste des staatlichen Eigentums, sondern auch eine Art der Wirtschaftstätigkeit, wie er typisch für die Mehrzahl der so genannten Privatbetriebe ist, die sich in den Händen der „roten Direktoren“ oder der Arbeitskollektive befinden und die auf alte Art (paternalistisch) geleitet werden [Prygoshin, 2001, S. 16], obwohl sich die institutionelle Umwelt sehr verändert hat.

Historisch gesehen bestand die Macht des staatlichen Eigentums unter den Bedingungen der Kommandowirtschaft darin, dass sie durch eine zentrale Leitung von oben die gesamte Volkswirtschaft erfasste und eigentlich den Interessen der Gesellschaft dienen sollte (das so genannte „Volkseigentum“). Dieser wesentliche Vorteil (wenn er überhaupt existierte) ging im Verlauf der Privatisierung endgültig verloren. Das „Volkseigentum“ wandelte sich zu Inseln des staatlichen Eigentums, die sich wie auch das Privateigentum im Wettbewerb mit anderen Unternehmen (einschließlich anderer staatlicher Betriebe) befanden. Das bedeutet erstens, dass das staatliche Eigentum eine einzelwirtschaftliche Form annahm und als Privatbetrieb auftrat, da nicht die gesamte Gesellschaft erfasst wird, sondern nur ein Teil.

Zweitens ist dieses „Volkseigentum“ einzelwirtschaftlich, da es nicht einem Volkswirtschaftsplan unterworfen ist, sondern entsprechend dem Willen des lokalen Leiters geleitet wird. Das RSE dient nicht dem Wohle der Gesellschaft, sondern denen, die es rechtzeitig an sich reißen konnten<sup>4</sup>. Das bedeutet, dass es nicht unbedingt zum Wohle des Staates entwickelt werden kann, sondern auch zu seinem Nachteil.

Eine dritte Besonderheit besteht darin, dass es auch kein reines Privateigentum ist, da die Ressourcenallokation nach dem „Restprinzip“ erfolgte. Dieser „Rest“ war für die wirklichen Privateigentümer nicht interessant und blieb für die Vertreter der ehemaligen sowjetischen Nomenklatura übrig. In ihm finden sich auch Überbleibsel des Volkseigentums wieder, sowohl was den Ressourceneinsatz (einschließlich der Personalressourcen) als auch die Leitungs- und Organisationsstruktur betrifft. Deshalb verstehen wir unter dem restlichen Volkseigentum nicht nur das übrig gebliebene staatliche Eigentum, nicht nur dem Staat gehörende Betriebe oder Aktienpakete, sondern auch all das, in dem Rudimente der traditionellen Kommandowirtschaft erhalten blieben. Diese Besonderheiten prädeternierten die formellen und nichtformellen Spielregeln und den Charakter der Sanktionen, die im postsowjetischen Russland entstanden.

<sup>4</sup> Bemerkung des Übersetzers: Durch das Einfügen nur eines Buchstaben „*cha*“ entsteht im Russischen aus dem Wort „privatisieren - privatisirovatj“ der post-Perestroika-Begriff „an sich reißen - *prich*vatisirovatj“

Die Tatsache, dass in der Folge des Privatisierungsprozesses der größte Teil des staatlichen Eigentums nicht in die Hände von Outsidern, sondern von Insidern (im Endergebnis zu den selben Betriebsdirektoren) geriet, führte dazu, dass sich in Russland keine effektiv wirtschaftenden Privateigentümer herausbildeten (was zu großen Teilen der Trägheit des traditionellen Wirtschaftssystems, dem ungenügenden Tempo der Umstrukturierung und dem quälend langsamen Übergang zu neuen Formen des Managements geschuldet ist). Darin sind die inneren Ursachen des tiefen Transformationsniedergangs beim Übergang von der Kommando- zur Marktwirtschaft begründet.

Die Mehrzahl dieser „Insider“ hat weder Motive noch hinreichend Wissen für die Ausarbeitung von strategischen Plänen der Entwicklung der Produktion oder von Business-Plänen für die so notwendige Heranziehung von Investitionen. Die Fortsetzung einer auf Personen fixierten Wirtschaftstätigkeit und das Fehlen einer Strategie zur Bestimmung effektiver strategischer Partner führt eher zu Anpassungsstrategien, ohne die traditionellen Formen zu überwinden, und nicht zu einer Entwicklung der Produktion, sondern zur Verteidigung des Status quo. Auch heute ist nicht selten eine recht uneffektive Marketingpolitik anzutreffen, obwohl oft günstige konjunkturelle Bedingungen für die Vermarktung traditioneller Produkte vorherrschen. Sogar diese Produktion findet nicht immer ihren Absatz, und so entsteht die Barterwirtschaft als Form eines uneffektiven Wirtschaftssystems. Insgesamt dominieren in der Wirtschaftstätigkeit kurzfristige Ziele, und das Motiv der kurzfristigen Bereicherung lässt keinen Raum für die Entwicklung der Produktion.

Es ist nicht verwunderlich, dass die Barterwirtschaft als gesetzmäßiges Ergebnis des Erhalts des RSE entstand. Der Versuch der Entwicklung von Naturalbeziehungen kann so als Reproduktion (unter neuen Bedingungen) der traditionellen direkten Beziehungen angesehen werden, die früher unter den Bedingungen des einheitlichen Volkswirtschaftsplans existierten.

Die Barterwirtschaft, in der das physische Endprodukt zum Ziel wird, steht der monetären Wirtschaft nicht nur der Form nach diametral gegenüber. Die monetäre Ökonomie erlaubt die Durchführung von Investitionen mit großem Zeitverzug und unter Hinzuziehung einer Vielzahl von Wirtschaftssubjekten. Sie stimuliert das Wachstum der Kapitalisierung, führt zu einer schnellen Umverteilung des Kapitals zu den effektiv wirtschaftenden Firmen und zur effektiven Aufstockung des Kapitals. Ohne finanzielle Mittel sind umfassende wissenschaftliche Untersuchungen für die Branchen und Zweige nicht möglich, und letztendlich kein effektiver wissenschaftlich-technischer Fortschritt.

Die Barterbeziehungen sind der Definition nach lokal und festigen die wirtschaftlichen Kontakte zwischen bestimmten Betrieben. Im Unterschied zu der kosmopolitischen Natur des Geldes tragen die Barter-Beziehungen nicht nur ein „nationales Kostüm“, sondern sind sogar regional begrenzt. Deshalb sind Barter-Beziehungen auch desintegrierend und begünstigen die Reproduktion lokaler Abgeschlossenheit, die zudem die zentrifugalen Kräfte und den regionalen Separatismus im heutigen Russland stärkt.

Monetäre Beziehungen sind immer offen, Barterbeziehungen verdeckt. In einer monetären Wirtschaft sind die Einkommen schwer zu vertuschen, während in einer Barterwirtschaft die „Ökonomie der physischen Personen“ gedeiht [ausführlicher vgl. Kleiner, 1996]. Dieses Phänomen erfasst die Absonderung persönlicher Interessen von den Interessen des Unternehmens, des persönlichen Reichtums von Eigentum des Unternehmens. Damit entsteht eine paradoxe Situation, in der viele Geschäftsabschlüsse den Interessen einzelner Personen entsprechen, jedoch dem Unternehmen Schaden zufügen, sogar wenn die Personen die Eigentümer sind. Die Barterwirtschaft ermöglicht den wirklichen Charakter derartiger Geschäftspraktiken zu verdecken. In Russland dominiert auch heute noch in den Beziehungen zu einem Unternehmen das mittelalterliche Prinzip des „*Besitzes kraft eines Amtes*“, das jedoch in den Wirren der Übergangsperiode verloren zu gehen drohte. Deshalb

stand die Sorge um das persönliche Eigentum weit vor der Sorge um das eigene Unternehmen.

Eine wichtige Rolle bei der Reproduktion des restlichen staatlichen Eigentums spielen die natürlichen Monopole. Durch sie ist der Staat mit einer Vielzahl uneffektiv wirtschaftender Betriebe verbunden. Indem er das Management der natürlichen Monopole mit Exportprivilegien (ohne Ressourcenrenten zu zahlen) versieht, zwingt er sie gleichzeitig die uneffektiven Betriebe mit ihren Ressourcen zu versorgen. Faktisch zahlen sie die Rente durch die kostenlose Bereitstellung der Ressourcen an die staatlichen Betriebe (die Bezahlung wird auf einen unbestimmten Zeitpunkt hinausgezögert bzw. erfolgt durch die Abnahme von Produkten, die auf dem freien Markt kaum absetzbar sind). Die erhaltenen Ressourcen werden für die Produktion vom Markt nicht erwünschter Produkte eingesetzt, die nur auf dem Wege der Barter-Kette abgesetzt werden können. Als Beweis dient die Krise des Jahres 1998, nach sich der trotz fünffacher Abwertung des Rubels gegenüber dem Dollar die Wettbewerbsfähigkeit der Mehrzahl der russischen Produzenten nicht verbesserte. Das Problem bestand also nicht im Fehlen des Geldes, sondern in der Ablehnung der durch die russischen Hersteller produzierten Produkte durch den Markt.

Die Lage verschlechtert sich auch dadurch, dass der Staat, trotz der von Zeit zu Zeit formulierten Programme, in Wirklichkeit keine effektive Wirtschaftspolitik verfolgt. Das betrifft auch die Lenkung seines Eigentums, das, wenn dadurch die Entwicklung neuer und effektiver Richtungen befördert würden, eine Grundlage für das Wirtschaftswachstum darstellen könnte. Die Wirtschaftstätigkeit des Staates erinnert aber mehr an die Epoche des Merkantilismus. Der russische Staat ist eher mit der Umverteilung beschäftigt, dabei mit einer solchen, die die Entwicklung der Produktion nicht fördert, sondern sie eher hemmt, da eine Umverteilung von den effektiv wirtschaftenden zu den verlustbringenden Unternehmen erfolgt. Mit den von den ersteren gezahlten Steuern wird die Existenz der letzteren gesichert. Das führt zum Rückgang effektiv wirtschaftender Firmen und lässt die Betriebsdirektoren vermehrt nach dem Ausweg der Erweiterung der illegalen Wirtschaftstätigkeit suchen.

Unter den Bedingungen der Barterwirtschaft fehlen die Mittel zur Durchführung großer Investitionsprojekte. Deshalb verschleißt das Anlagevermögen und der technische und technologische Rückstand verschärft sich. Es ist nicht verwunderlich, dass gerade derartige Prozesse in Russland heute zu beobachten sind. Der Verschleiß der Maschinen und Anlagen in der Industrie betrug 1997 über 50%. Nach Berechnungen von A.V. Alexeev lag dabei das mittlere Alter der Anlagen bei 15,9 Jahren.<sup>5</sup>

Das RSE reproduziert sich auch in anderen Formen, die typischen für das sowjetische System waren: in der nichtzielgenauen Verwendung von Budgetmitteln, in der verdeckten Bezahlung der Arbeit, in unbezahlten administrativem Urlaub u. a. Dazu kommen auch andere Formen, die die Dominanz nichtformeller über die formellen Spielregeln aufzeigen: die Zurückhaltung der Löhne und Gehälter, Nichtbezahlung von Lieferungen und Leistungen, der Handel mit Steuerbegünstigungen u. a. Trotz ihrer Existenz entwickeln sich die formellen Beziehungen zwischen den ökonomischen Subjekten kaum: es gibt keine Massenentlassungen in den Betrieben, die die Löhne zurückhalten, die Beziehungen zwischen Unternehmen bleiben trotz ausbleibender Zahlungen bestehen usw. Damit herrschen Beziehungsverträge vor, in denen nichtformelle Beziehungen die formellen dominieren [Kapeljuschnikov, 2001, S. 147].

### **3. Zurück zum Privateigentum?**

---

<sup>5</sup> Nureev R.M. (ed.) Transformation der ökonomischen Institute im postsowjetischen Russland (mikroökonomische Analyse), Moskau S. 100

Natürlich stellt sich die Frage, ob die „Spielchen“ der Nomenklatura vorbei sind oder nicht? Mit anderen Worten, erstens, ist die Pri(ch)vatisierung („räuberische Aneignung“) vorüber, und zweitens, gibt es nicht Projekte der Rückkehr zur Periode, als die Nomenklatura die Rolle des obersten Verwalters des staatlichen Eigentums spielte. Die erste Tendenz spiegelt die Privatisierungsprogramme wider, die zweite, die Nationalisierungsprogramme.<sup>6</sup> Deshalb betrachten wir zuerst kurz die Nationalisierungsprogramme und danach (im nächsten Abschnitt) die Privatisierungsprogramme der Jahre 1995, 1998 und 2002.

Versucht man die eingebrachten Programme einzuschätzen, so kommt man zu dem Schluss, dass keines von ihnen dazu beiträgt die Effektivität der Aktiva der Betriebe durch die Veränderung der Eigentumsrechte zu steigern. Entweder sollen die entstandenen irrationalen Eigentumsbeziehungen „konserviert“ werden, indem die Position des RSE gefestigt werden, oder es wird zu populistischen Zwecken zu einer umfassenden Nationalisierung aufgerufen, deren Ergebnis nur wirtschaftliches Chaos und Bürgerkrieg sein kann.

Obwohl die Gesetzesvorlagen über die Nationalisierung wenig populär sind und viele von ihnen von der Staatlichen Duma (etwa im Januar 2002) abgelehnt wurden, gewinnen die Ideen der Zentralisierung und der Verstärkung der staatlichen Einmischung in die Wirtschaft an Kraft. Heute wird weniger zur Nationalisierung aufgerufen, sondern zur Korrektur einiger Ergebnisse der Privatisierung. Von den Hauptrichtungen des Übergangs des Privateigentums in staatliche Hände kann man besonders die folgenden nennen:

- 1) *Deprivatisierung* – teilweise Wiederherstellung oder Verstärkung der staatlichen Kontrolle der schon privatisierten Betriebe;
- 2) *Reprivatisierung* – erneute Privatisierung der Betriebe, deren bisherige Eigentümer die Investitionsbedingungen und -programme nicht erfüllten (dem Wesen nach Eigentümerwechsel);

Wie die Praxis zeigt, werden diese Methoden bei der Restrukturierung von Betrieben mit staatlicher Beteiligung angewandt. Die wesentlichen Instrumente dafür sind: direkte Konvertierung der Budget-Schulden in Aktien, Restrukturierung der Budget-Schulden durch Verpfändung; Erwerb von Aktien auf den Finanzmärkten, Umbewertung des staatlichen Eigentums (materieller (vor allem Grund und Boden) и nichtmaterieller (intellektuelles Eigentum) Aktiva), das im Grundkapital des Betriebes eingetragen ist, Ungültigkeitserklärung von Privatisierungen aufgrund der Nichterfüllung von Investitionsbedingungen, Tausch von Aktien gegen Investitionen. [Vervollkommnung der Leitung..., 2000]

Damit droht (scheinbar) die wesentliche Verstärkung der Rolle des Staates als Eigentümer. Jedenfalls schließen Wirtschaftswissenschaftler mit verschiedenen Auffassungen solche Szenarien der Entwicklung nicht aus. [Kulikov, 1998: S. 17-19; Radygin und Sidorov, 2000: S. 59-60]. In welche Richtung wird diese Rolle des Staates gehen und zu welchen Konsequenzen wird sie führen?

Ausgehend von dem gesagten kann man sich vorstellen, dass die Kriterien und Ergebnisse der einen oder anderen Variante korrigiert werden sollen und müssen. Alles hängt davon ab, welche der faktisch existierenden wirtschaftlichen Beziehungen Gesetzeskraft erlangen.

#### **4. Vorwärts zum Privateigentum?**

Um den Übergang zu einem wirklichen Privateigentum zu vollziehen, muss die entstandene privatwirtschaftliche Form mit einem privatwirtschaftlichen Inhalt erfüllt werden.

---

<sup>6</sup> In diesem Abschnitt verwenden wir Material der parlamentarischen Anhörungen und der Sitzungen bzgl. der Nationalisierungsprojekte in der Staatlichen Duma 1997-2002. Bei der Suche und der Auswahl des Materials unterstützten uns die Deputierten als auch die Mitarbeiter der Duma-Komitees für Eigentumsfragen und für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsführung. Der Autor dankt für die wertvollen Bemerkungen und Kommentare.

Das Privateigentum bewirkt eine Reihe positiver Effekte, darunter die Mobilisierung des ökonomischen Potenzials der Aktiva, die Integration weit verstreuter Information, die Entwicklung der Verantwortung der Eigentümer, das Wachstum der Liquidität der Aktiva, die Entwicklung gesellschaftlicher Beziehungen und die Formalisierung der Geschäftsabschlüsse [ausführlicher, vgl.: De Soto, 2001: S. 53-67]. Weiter ist die wirtschaftliche Freiheit das Fundament und Bestandteil der Freiheiten der Zivilgesellschaft. Sie tritt vor allem als notwendige Bedingung der Erringung der politischen Freiheit auf, und politische Freiheit ist der Garant der wirtschaftlichen Freiheit.

Unter dem **Eigentumssystem** verstehen die Neoinstitutionalisten gewöhnlich die Gesamtheit der den Zugang zu den beschränkten Ressourcen kanalisierenden formellen Regeln und nichtformellen Restriktionen und der ökonomischen Agenten als Subjekte der Eigentumsrechte [vgl. Alchian, 1965; Kusminov und Judkewitsch, 2000, c.68-71]. Außerdem ist es sinnvoll, in dieses System die ökonomischen Agenten einzubeziehen, die diese Rechte aufstellen, sowohl diejenigen, die die Einhaltung der formulierten Normen garantieren.

Ausgehend von dem in der Theorie des Eigentumsrechts üblichen Verständnis des Eigentums ist eine Korrelation zwischen dem Rechtsraum und dem Verantwortungsraum für jedes Eigentumssubjekt notwendig. Dabei gilt folgendes Prinzip: Die optimale Verteilung der Eigentumsrechte setzt eine Situation voraus, in der die Risikübernahme in Übereinstimmung mit den versehenen Rechten (Cluster einzelner Befugnisse) und dem Grad der Risikoneigung erfolgt.

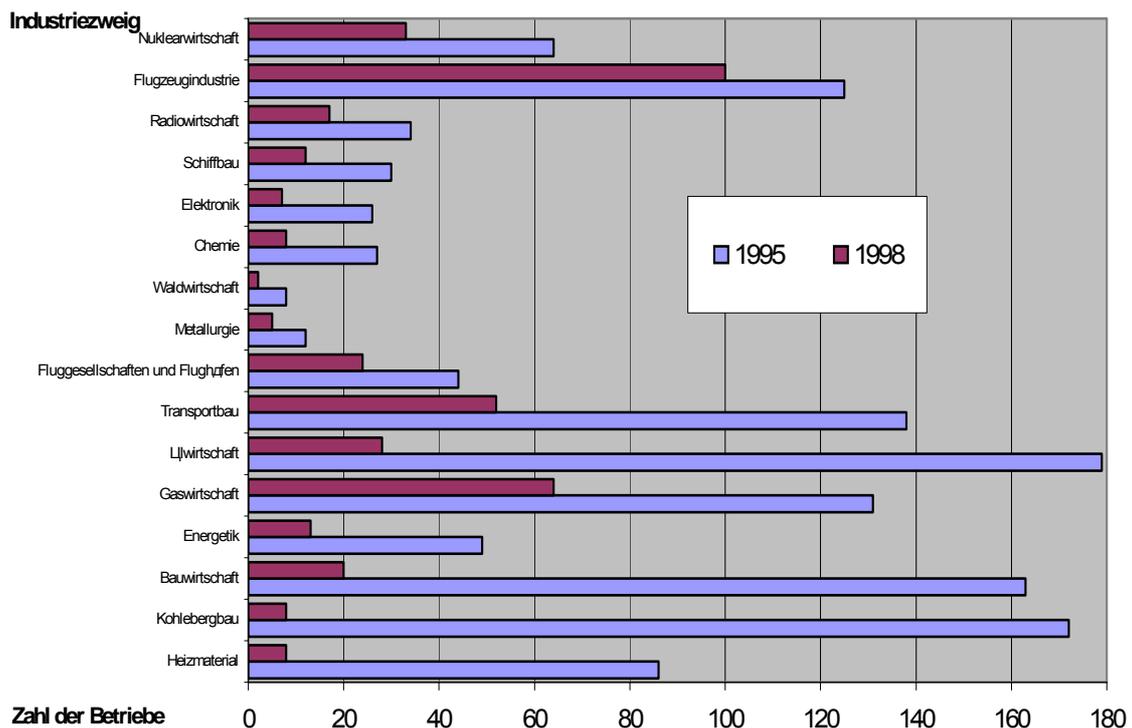


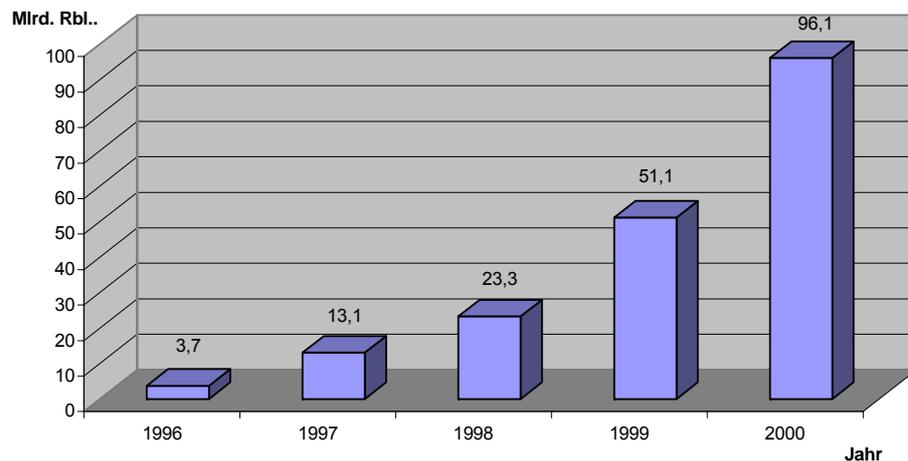
Bild. 4. Veränderung der Zahl der sich im föderalen Eigentum befindlichen Betriebe, denen eine vollständige Privatisierung untersagt ist

Heißt das, dass das gesamte entstandene Privateigentum mit dem RSE identisch ist? Natürlich nicht. Neben dem pseudoprivatem entsteht auch wirkliches Privateigentum. Die Tendenz des Rückgangs des Barters signalisiert die Verringerung des Anteils und der Bedeutung des RSE.

Zu anderen Konsequenzen führt der sich heute fortsetzende Privatisierungsprozess des staatlichen Eigentums, der einen immer exklusivere Züge annimmt. Der Appetit der neu entstandenen Bourgeoisie ist noch nicht vollständig gestillt. Er wird jedoch immer anspruchsvoller und versucht sich heute nicht einfach irgendwelche Teile des Staatseigentums anzueignen, sondern die gewinnträchtigsten und effektivsten.

Ein Vergleich der Verteilung der Industriebetriebe aus den Jahren 1995 und 1998, denen die Privatisierung untersagt ist, nach verschiedenen Zweigen (vgl. Bild 4) lässt den Schluss zu, dass die Bürokratie versuchte, die besten Stücke des staatlichen Eigentums (aus den Erdöl-, Kraftstoff-, Chemie-, Flugzeugbau-, Nuklearbranchen usw.) zu privatisieren, jedoch erst dann, nachdem dafür alle Bedingungen geschaffen wurden waren. Im Jahre 2002 wird eine neue Privatisierungswelle erwartet<sup>7</sup>, und die besten Stücke des staatlichen Eigentums werden unzweifelhaft den Integrierten Business Gruppen (IBG) zukommen.

In der heutigen Zeit beginnen die IBG bei der Entwicklung des Privateigentums eine immer größere Rolle zu spielen [Pappe, 2000]. Sie sind vergleichbar mit den amerikanischen Trusts zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Unter den Bedingungen einer hochgradigen Unsicherheit und fehlendem Vertrauen zwischen den Betrieben bilden sich spezielle Finanz- und Wirtschaftsstrukturen heraus, die Industriebetriebe, kommerzielle Banken, Versicherungsgesellschaften und verschiedene Tochterunternehmen umfassen, heraus. Damit werden die Transaktionskosten der Wirtschaftsführung maßgeblich gesenkt. Im Jahre 2000 waren in den acht größten IBG ca. 2% der Beschäftigten der russischen Wirtschaft tätig, die zusammen fast 25% des BIP und auch des Exports Russlands schufen [Dynkin, Sokolov, 2002: S. 90]. Die Mehrzahl der IBG bildete sich aus den Unternehmen des energetischen und Rohstoffsektors heraus und verfügen heute (dank der Ressourcen-Rente) über beträchtliche finanzielle Mittel, die diesen Ausbau des ökonomischen Potenzials ermöglichen. Von 1996 bis 2000 verdoppelten sich ihre eigenen Investitionen fast jedes Jahr (vgl. Bild 5.) und sie stiegen zu den Hauptinvestoren der russischen Wirtschaft auf.



*Bild 5. Finanzierung der Investitionsprogramm der IBG durch Eigenkapital*

Es ist wichtig hervorzuheben, dass die IBG in einer großen Zahl russischer Regionen aktiv sind (vgl. Tab. 4). Wenn, zum Beispiel, 1993 Lukoil in fünf Regionen engagiert war, so betraf das 2000 schon 21, entsprechend Interros – 1 und 23, die Alfa-GRuppe 2 und 37. Die größten IBG stellen heute schon eine politische und wirtschaftliche Konkurrenz für die regionalen Eliten dar. Sie sind besonders an der Vereinheitlichung des Gesetzgebung und der

<sup>7</sup> Genauer, vgl.: <http://www.government.ru:8080/government/MINIMUSH020801.htm>.

Schaffung eines ganzheitlichen Wirtschaftsraums auf dem Territorium der RF interessiert. Einige von ihnen sind schon heute mit der Restrukturierung des RSE befasst. Nachdem sie diese aufgekauft haben, optimieren sie deren Organisations- und Finanzstruktur mit dem Ziel den Marktwert ihrer Aktiva zu erhöhen und gleichzeitig die nicht passenden Teile günstig zu verwerten. So erwarb, zum Beispiel, die Alfa-Gruppe das traditionelle Konditoreiunternehmen „Bolschewitschka“ und die Glasfabrik Borsk, restrukturierte sie und verkaufte sie anschließend.

In den sich entwickelnden Wirtschaften steigen die mit den nichtformellen Beziehungen verbundenen alternativen Kosten beträchtlich. Unter den Bedingungen des Wirtschaftswachstums kommen die Ungewissheit der Umweltbeziehungen, die Unzuverlässigkeit der Partner, das fehlende Vertrauen und die ständigen Vertragsbrüche teuer zu stehen.

Tab. 4

Die größten IBG und ihr aktives Engagement in den Subjekten der Russischen Föderation (Anfang 2001)

IBG	Zahl der Subjekte, in denen die IBG aktiv engagiert ist
Lukoil	22
Jukos	28
Interros	24
Surgutneftgas	10
Alfa Gruppe - Renova	38
Sibirskij aluminij – Sibneft	16
Severstalj	8
AFK Sistema	42

Quelle: Dynkin A, Sokolov A. 2002.

Jedoch kann die „spontane Entwicklung ‚von unten‘ zu einer stärkeren Formalisierung und Offenheit der Aktionen einen langfristigen Effekt erzeugen“, wie R.I. Kapeljuschnikov bemerkt, „wenn er gleichzeitig ‚von oben‘ durch die gesetzlich, organisatorisch und politisch unterstützt wird [Kapeljuschnikov, 2001: S. 154].

Die Unterstützung von oben wurde dadurch möglich, dass eine neue Administration an die Macht kam. Das „Putin’sche Projekt“ umfasst, wie bekannt, ein ganzes System von Maßnahmen: „(1) Politische und wirtschaftliche Schwächung der Elitegruppen, die am Erhalt der früheren Ordnung interessiert sind...; (2) die Vereinheitlichung des Rechtsraums, die Beseitigung der Widersprüche zwischen den Normen und Regeln auf den verschiedenen Ebenen des administrativen Rechtssystems; (3) die Reduzierung und Vereinfachung der formalen Beschränkungen, sowie der Senkung der entsprechenden Kosten; (4) die Verschärfung der Sanktionen für Gesetzes- und Vertragsverletzungen“ [Kapeljuschnikov, 2001, S.155]. Die Schwierigkeit besteht jedoch darin, dass dieses Programm der Staatsapparat umsetzen muss, in dem die Methoden und Technologien der sowjetischen Nomenklatura noch sehr lebendig sind. Deshalb besteht die Gefahr, dass die radikalen Veränderungen sich auf Personalaustausch und auf solche bürokratische Prozeduren reduzieren, die es ermöglichen, eine politische Rente abzuschöpfen.

Das bedeutet, dass, langfristig gesehen, der Übergang vom Modell der „politischen Modernisierung“ der institutionellen Umgebung, das ein aktives Angebot der Institute von Seiten der Regierung erfordert, zum Modell der „Marktmodernisierung“ vollzogen werden muss, das sich an dem Bedarf an Instituten von Seiten der Marktteilnehmer orientiert [Cadwell, Polishchuk, 2001].

Дabei sollten, nach unserer Meinung, die konkreten Maßnahmen zur Entwicklung des Privateigentums und die in diesem Zusammenhang realisierte Wirtschaftspolitik in der Sphäre der Privatisierung und möglichen Deprivatisierung auf zwei allgemeinen Prinzipien beruhen: erstens, dem komplexen Zugang zu den Problemen der Reform der Eigentums-Gesetzgebung und zweitens, der Entwicklung von ökonomischer „incentives“ für alle realen Inhaber einzelner Eigentumsrechte.

Außerdem ist heute für die Zerstörung des Instituts des RSE in Russland notwendig:

1. radikal den Staat zu reformieren und von einem „produzierenden“ zu einem „verteidigenden“ Staat überzugehen.
2. die auf allen Ebenen existenten „unitären“ staatlichen Betriebe mit eigener Rechtspersönlichkeit zu reorganisieren und sie entweder in Regiebetriebe oder in Aktiengesellschaften umzuwandeln (mit der Möglichkeit ihrer späteren Privatisierung). Die Kontrolle der finanziellen und wirtschaftlichen Tätigkeit dieser Betriebe muss radikal verschärft werden.
3. Wesentliche Mittel für die Entwicklung des Rechtssystems einzusetzen und seine Unabhängigkeit von der Exekutive zu stärken. Das verlangt: A) die Zahl der Gerichte und Richter zu erhöhen (dann entfällt für Unternehmer die Notwendigkeit, sich wegen der Klärung wirtschaftlicher und administrativer Streitigkeiten an die gleichen Bürokraten zu wenden, wodurch auch deren Macht verringert wird, treten sie doch heute oft als faktische „dritte Seite“ bei der Klärung wirtschaftlicher Streitigkeiten auf. B) mehr Rechtsliteratur mit erklärenden Charakter zu publizieren, zu der jeder Zugang hat. C) die Verschärfung von Sanktionen für administrative Gesetzesverletzungen der Beamten.
4. die Entwicklung der KMU als Träger der Ideologie des freien individuellen Privateigentums zu fördern;
5. mit Hilfe der Massenmedien bei den breiten Schichten der Bevölkerung ein positives Image der Unternehmer herauszubilden;
6. für die Ausarbeitung der Wirtschaftspolitik aktiv die Methodologie der institutionellen Projektierung unter Berücksichtigung der Präferenzen der Unternehmer, Manager, Eigentümer und aller interessierter Seiten anzuwenden. Dabei ist besonderes Augenmerk auf die Bürokratie als einer starken Interessengruppe zu richten.

Nur solch ein aktives Programm ermöglicht einen Schritt voran zu tun auf dem schwierigen Weg der Herausbildung eines wirklichen Privateigentums.

## Literatur

- Гайдар Е.Т.* (1995) Государство и эволюция. М.: Издательство «Евразия».
- De Soto Э.* (2001) Загадка капитала. Почему капитализм торжествует на Западе и терпит поражение во всем остальном мире. – М.: ЗАО "Олимп-Бизнес". ([de Soto Hernando "The mistory of capital. Why Capitalism Triumphs in the West and Fails Evrywhere Else". BANTAM PRESS, 1999.](#))
- Дынкин А. Соколов А.* (2002) Интегрированные бизнес группы в российской экономике. // Вопросы экономики, №4, 2002, с.78-95.
- Капелюшников Р.И.* (2001) "Где начало того конца?..." (к вопросу об окончании переходного периода в России) // Вопросы экономики. №1, с.138-156.
- Клейнер Г.Б., Тамбовцев В.Л., Качалов Р.М.* (1997) Предприятие в нестабильной экономической среде: риски, стратегии, безопасность. М.: Экономика. С.48.
- Конституция Российской Федерации, М., 1993.
- Кордонский С.Г.* (2000) Рынки власти. Административные рынки СССР и России. М.: ОГИ.
- Крыштановская О.* (1995) Трансформация старой номенклатуры в новую российскую элиту // Общественные науки и современность, №1, с. 51-65.
- Кузьминов Я.И., Юдкевич М.М.* (2000) Институциональная экономика, Часть 2, - М., с. 68-71.
- Куликов В.* (1998) Российская приватизация в шестилетней ретроспективе // Российский экономический журнал. № 1, с.10-19.
- Латов Ю.В.* (2001) Экономика вне закона. М.: МОНФ, 2001.

- Львов Д.С. (2001) Система национального дивиденда – планетарная модель XXI века // Экономическая наука современной России. №3, с.5-21.
- Найшуль В. Высшая и последняя стадия социализма / Погружение в трясину. М., 1991.
- Нуреев Р.М. (1993) Азиатский способ производства как экономическая система // В кн.: Феномен восточного деспотизма: структура управления и власти. – М.: Наука, 1993, с. 62-87.
- Нуреев Р.М. (1990) Азиатский способ производства и социализм // Вопросы экономики. №3. 1990, С.47-58.
- Олейник А.Н. (2002) "Бизнес по понятиям": об институциональной модели российского капитализма // Вопросы экономики, № 5.
- Опрос «Национализация – на повестке дня?» / Фонд «Общественное мнение», октябрь 1998 / <http://classic.fom.ru/obzor/o411.htm>
- Панпэ Я.Ш. (2000) "Олигархи": Экономическая хроника, 1992-2000. – М.: ГУ-ВШЭ, 2000.
- Постановление Правительства РФ от 17.07.98 №784 «О перечне акционерных обществ, производящих продукцию (товары, услуги), имеющую стратегическое значение для обеспечения национальной безопасности государства, закрепленные в федеральной собственности акции которых не подлежат досрочной продаже».
- Постановление Правительства РФ от 18.09.95 №949 «О перечне акционерных обществ, производящих продукцию (товары, услуги), имеющую стратегическое значение для обеспечения национальной безопасности государства, закрепленные в федеральной собственности, акции которых не подлежат досрочной продаже».
- Пригожин А.И., (2001) Цели организаций, стереотипы и проблемы // Общественные науки и современность, №2, с.5-19.
- Приватизация по-русски. / коллектив авторов: М. Бойко, Д. Васильев, А. Евстафьев, А. Казаков, А. Кох, П. Мостовой, А. Чубайс / под. ред. А. Чубайса. – М., 1999.
- Радаев В.В., Шкаратан О.И. (1996) Социальная стратификация. – М.: Аспект Пресс, 1996.
- Радыгин А., Сидоров И. Российская корпоративная экономика: сто лет одиночества? // Вопросы экономики, 2000, № 5, с. 45-61
- Совершенствование управления государственной собственностью в условиях рыночной экономики. Заключительный отчет. / рук. А.К. Пономарев. - М.: Межведомственный аналитический Центр, 2000.
- Тамбовцев В.Л. (2001) Институциональный рынок как механизм институциональных изменений // Общественные науки и современность, 2001, №5, с.25-38.
- Тамбовцев В.Л. (1994) К типологии экономических систем / ЭИММ, Т.30, вып. 2, с.33-37.
- Тимофеев Л. (2000). Институциональная коррупция. М.: РГГУ.
- Трансформация экономических институтов в постсоветской России (микроэкономический анализ). (2000) / Под. ред. Р.М. Нуреева. - М.: МОНФ.
- Чешков М.А. (1995) "Вечно живая" номенклатура? // МЭ и МО, №6, с.32-43.
- Шкредов В.П. (1973) Метод исследования собственности в "Капитале" К. Маркса. М.: Изд-во МГУ.
- Экономические субъекты в постсоветской России (институциональный анализ). / Под. ред. Р.М. Нуреева - М. 2001, с. 309.
- Alchian A. Some Economics of Property Rights // *Politico* 30, No. 4: 816-829.
- Andreff, W. (1999) The current state of economics of privatization: lessons from transitional economies / in S.B. Dahiya, ed., *The current state of Economic Science*, Spellbound Publications (India), 1999.
- Cadwell C. and Polishchuk L. Evolving Demand for Institutions in Russian Economy: Implications for Economic Reform. Paper presented at the conference "Modernization of Russian Economy", Moscow, April 2001.
- Findley R. and Wilson J. (1984) The political economy of the Leviathan // Seminar Paper. No. 285. Stockholm: Institute for International Studies.
- Nellis, J. (1999) Time to rethink privatization in transition economies? // International Finance Corporation Discussion Papers, No.38, Washington DC: International Finance Corporation, 1-29.
- Nureev R., Runov A. Russia: Whether Deprivatization is Inevitable? (Power-property Phenomenon as a Path Dependency Problem) - Proceedings from the *Fifth Annual ISNIE conference*. Berkley, September 2001.
- North D. (1981) Structure and Change in Economic History. – NY: Norton.
- Olson M. (1993) Why is economic Performance even worse after communism is abandoned / Virginia political economy lecture series. – Fairfax, Virginia, March 17.
- Olson M. (2000) Power and prosperity: outgrowing communist and capitalist dictatorships. New York: Basic Books.
- Williamson, O. (2000) 'Economic Institutions and Development: A View from the Bottom', in M. Olson and S. Kahkonen, (eds.), *A Not-So-Dismal Science*, New York: Oxford University Press: 92-118.